

Offener Brief an die Bundesregierung
Vorschlag zur Erhöhung der Wahlbeteiligung

Freie Wahlen sind ein wesentliches Kennzeichen der Demokratie. Doch was ist mit der Demokratie geschehen, wenn gerade noch die Hälfte der wahlberechtigten Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht? Gerät sie dann nicht in Gefahr, dass die kleinen Gruppierungen der stets aktiven extrem rechten und linken Parteien und Verbindungen die Oberhand gewinnen? Daher dürfte es dringend notwendig sein, den Gründen der ungenügenden Wahlbeteiligung nachzugehen, die Ursachen zu erkunden und möglichst abzustellen. Das Folgende ist ein Versuch, der wahrscheinlich trotz formaler und eventueller grundgesetzlicher Festlegungen ein Beitrag zum genannten Ziel sein kann und deshalb gründlich erkundet werden sollte.

Schon länger ist bekannt, dass Politverdrossenheit in einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung existiert. Doch sie war noch nie so stark wie jetzt. Offensichtlich verstehen beachtlich viele Bürger nicht mehr die guten Absichten der Politiker, sind unzufrieden mit der Verschwendung von Geldern, überschätzen die Korruption in der Politik usw. Dabei sind viele Negative kaum mehr als besonders auffällige Einzelercheinungen. So etwa gibt es auf fast allen Gebieten, wirkt sich aber leider in der Politik viel stärker auf den Einzelnen aus. Ferner gelingt es Politikern offensichtlich nicht mehr in ausreichendem Maße, die Erfolge und Zwänge für die Bürger verständlich darzustellen. So entsteht ein beachtlicher Frust, der sich auch ganz deutlich in öffentlichen und privaten Diskussionen äußert. Gerade diesen Frust gilt es folglich abzubauen.

Ich schlage hierzu eine Änderung der Wahlen vor. Dieses kann hier nur grob umrissen werden und bedarf daher schnell einer Präzisierung. Die jetzt üblichen Wahlscheine werden gedoppelt. Es gibt einen grünen Teil, auf dem der Wähler eine Partei und einen Kandidaten im bisher üblichen Sinne ankreuzt. Diesen erteilt er damit einen Auftrag und das Vertrauen, den von ihnen kreierten Vorschlag möglichst gut und schnell zu realisieren. Mit diesem grünen Teil ist ein im Wesentlichen gleicher, roter Teil verbunden. Er stellt einem Abwahlteil dar. Hier „bestraft“ der Bürger durch Ankreuzen eine Partei und einen Kandidaten, die ihm in der letzten Zeit besonders viel Unbehagen bis Ärger „beschert“ haben. Dieser Vorgang dürfte mehrer Wirkungen haben. Er ist einmal der Demokratie nützlich, indem die „unehrenhaften“ oder ungeeigneten Politiker und Parteien für alle sichtbar werden. Außerdem reagiert der Bürger seinen Frust mit Hoffnung auf Besserung ab. Wahrscheinlich wird es notwendig sein, dass ein Wahlschein nur dann gültig ist, wenn beide Teile ausgefüllt sind.

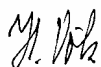
Doch was soll nun mit den „negativen“ Stimmabgaben geschehen? Mein Vorschlag ist: Die positiven und negativen Stimmen werde 1:1 subtrahiert. Das dann resultierende Wahlergebnis ergibt jedoch keine 100 % mehr und ist daher nur schwer mit den bisherigen Zahlen zu vergleichen. Das ließe sich jedoch im Bedarfsfall durch einen aus der Gesamtwahl ermittelten Faktor korrigieren. Doch bereits die Verhältniszahlen zwischen den unmittelbar erhaltenen Werten sagen das Notwendige für die Besetzung der Gremien aus. Doch noch viel wichtiger erscheint mir, was mit eventuell nur (stark) negativ bewerteten Parteien und Kandidaten geschehen soll. Den Parteien könnte man vielleicht öffentliche Gelder streichen. Doch bei den Kandidaten bin ich für härtere Konsequenzen. Ihnen müsste m.E. für 2 Jahre die Möglichkeit zur politischen Arbeit einschließlich der damit zusammenhängenden Gelder – ohne Abfindung – und Vorteile gestrichen werden. Wenn so Etwas geschieht, werden die Bürger wieder mehr an Gerechtigkeit und Ehrlichkeit in der Politik glauben. Ja es könnte sich sogar so etwas wie ein politischer Ehrenkodex im Sinne des hippokratischen Eides herausbilden. Durch das Ausscheiden schwacher Kandidaten wird außerdem die Politik gewiss auch effektiver.

Für Eilige fasse ich kurz zusammen

- Wahlen erfolgen künftig mit je einer positiven und negativen Bewertung.
- Es erfolgt eine Subtraktion der negativen Stimmen von den positiven
- Kandidaten mit summarisch (stark) negativer Bewertung müssen zwei Jahre aus politischen Aufgaben und Funktionen ohne geldliche Entschädigung und Abfindung ausscheiden.
- Parteien mit summarisch negativer Bewertung werden fördernde Mittel in deutlich spürbarem Umfang gestrichen.

Ich hoffe sehr, dass mein Vorschlag in den zuständigen Gremien schnell und unbürokratisch behandelt und weiterentwickelt wird. Es darf dabei keine unnötige Zeit verstreichen, weil sonst noch mehr die Wahlbeteiligung sinkt und die Unzufriedenheit zunimmt. Eine schnelle positive Behandlung des Vorschlages dürfte entscheidend für das Vertrauen der Bürger in die Politik eingehen.

Prof. Dr. habil. Horst Völz



Berlin, d. 23.8.06

